

Das Entlastungspaket 2027 schadet den Schweizer Hochschulen!

Schon die BFI-Botschaft 2025-2028 war geprägt durch Sparmassnahmen für den Hochschulbereich und die Forschungsförderung. Nun folgt das Entlastungspaket 2027 des Bundes. Bereits gesprochene Beiträge sollen gekürzt und Kosten den Kantonen überlassen werden. swissfaculty sagt nein zum Entlastungspaket des Bundes und fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen.

Die BFI-Botschaft 2025-2028

Die BFI Botschaft 2025–2028 ist geprägt durch Sparmassnahmen. Schon im ersten Entwurf hatte der Bundesrat entschieden, den Betrag nicht um 2,5 Prozent zu erhöhen, wie es teuerungsbedingt gefordert wurde, sondern nur um 2 Prozent. Im März 2024 gab der Bundesrat dann bekannt, dass er mit der BFI-Botschaft mit Blick auf die angespannte Finanzlage des Bundes 0,5 Milliarden Franken einsparen wolle und reduzierte das Kostenwachstum auf 1,6 Prozent. Insgesamt sollten 29,2 Milliarden Franken freigegeben werden. Der Nationalrat beschloss bei der Beratung der BFI-Botschaft Ende Mai, diesen Betrag um 152,2 Millionen Franken aufzustocken. Somit hätte Der Nationalrat 1,7 Prozent mehr Mittel gewollt. Der Ständerat war zurückhaltender. Die Räte beschlossen letztlich ein Plus von unter dem Strich rund 59 Millionen Franken. Das bedeutet, dass die Teuerung im Bildungsbereich durch den Bund für die Jahre 2025-2028 nicht ausgeglichen werden soll. Das bedeutet mehr Studierende für die weniger Geld zur Verfügung steht.

Das Entlastungspaket 2027

Nun folgt die nächste Runde: Mit dem

Entlastungspaket 2027, das vom Gesamtbundesrat im Sept. 2024 entworfen und im Januar 2025 zuhänden des Parlaments verabschiedet worden war. Mehr als die Hälfte der Kürzungen von ungefähr 2.5 Mia. können nur mittels Gesetzesänderungen durchgeführt werden. Das Entlastungspaket 2027 sieht vor, die Basiszahlungen um 70 Mio./Jahr zu senken, wovon 28 Mio./Jahr die Beiträge an die kantonalen universitären Hochschulen betreffen. Die Budgets des SNF/FNS und Innosuisse sinken um 10% pro Jahr. Auch die 25 Mio. welche das Parlament für die Ausbildung in der Medizin vorgeschlagen hatte, wurden gestrichen. Der Bundesrat rechnet mit Einsparungen von CHF 120 Mio. pro Jahr ab dem Jahr 2027.

Stellungnahme der EDK

Der Vorstand des EDK hat sich dezidiert gegen das Entlastungspaket ausgesprochen: «Der Bund muss seinen gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen und dabei auch die steigenden Kosten aufgrund der demografischen Entwicklung und der Teuerung berücksichtigen. Mit den nun präsentierten Vorschlägen zur Entlastung des Bundeshaushalts im BFI-Bereich werden die Ziele des Bildungsraums Schweiz in Frage gestellt. (...) Das Fehlen jeglicher bildungspolitischen Überlegungen und Folgeabschätzungen, der Verzicht auf eine Priorisierung und die fehlende Übernahme von politischer Verantwortung für die mit dieser Botschaft unterbreiteten Vorschläge ist für die EDK aber inakzeptabel. Sie hält an ihrer im Rahmen der Vernehmlassung zur BFI-Botschaft 2025-2028 zum Ausdruck gebrachten Haltung und ihren Forderungen einer verfassungsmässigen Finanzierung durch den Bund fest», schreibt die EDK in ihrer Stellungnahme vom 20. Februar 2025.

Stellungnahme von swissuniversities

Auch swissuniversities hat sich am 11. Februar 2025 kritisch geäussert: «Die Schweiz muss deshalb ihre Konkurrenzfähigkeit weiterhin durch entsprechende Investitionen in den BFI-Bereich aufrechterhalten. Ansonsten besteht die reale Gefahr, dass die Schweiz sowohl ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit als auch ihren führenden Rang in der Forschung und Innovation verliert und dadurch ihren hohen Standard an gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Wertschöpfung und Innovation einbüsst.»

Netzwerk FUTURE

Netzwerk FUTURE wird getragen von swissuniversities, dem ETH-Rat, dem Schweizerischen Nationalfonds und den Akademien der Wissenschaften Schweiz. Auch das Netzwerk stellt dem Entlastungspaket kein gutes Zeugnis aus. Sie schreiben, das Entlastungspaket führt zu einem Rückgang der Investitionen und schränkt die Planungssicherheit und die Flexibilität der Hochschulen ein.

Höhere Studiengebühren erschweren den Zugang zur Hochschulbildung, gleichzeitig könnten 500 exzellente Forschungsprojekte und 1500 Stellen für junge Forscherinnen und Forscher verloren gehen. Zudem seien 240 innovative gemeinsame Projekte von Wirtschaft und Forschung in zentralen Themen bedroht.

Netzwerk Future schreibt, die im Rahmen des Entlastungspakets vorgeschlagenen Kürzungen im BFI-Bereich werden einschneidende Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft und auf die Gesellschaft haben und sind langfristig nicht im Interesse eines gesunden Bundeshaushalts.

Der ETH-Rat

Der ETH-Rat ist sich bewusst, dass es zur Entlastung des Bundeshaushalts Massnahmen in verschiedenen Bereichen braucht. Der ETH-Bereich könne aber die geplanten Kürzungen von 78 Mio. CHF indessen nicht via Erhöhung der Studiengebühren kompensieren, wie es vom Bundesrat vorgeschlagen werde und müsse daher Aufgaben und Leistungen abbauen. Dies verschärft den Fachkräftemangel, schwächt die Innovation in unserem Land und vermindert seine Kapazität, die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft bestmöglich zu unterstützen.

Gemeinsame Medienmitteilung

In einer gemeinsamen Medienmitteilung am 20. Februar 2025 weisen swissuniversities, die Akademien, der ETH-Rat, SNF und Innosuisse darauf hin, dass die Sparmassnahmen bei Bildung, Forschung und Innovation den Fachkräftemangel verstärken würden und der Schweizer Wirtschaft schaden.

Stellungnahme von fh-ch

Der Verband der Lehrenden und Forschenden an den Schweizer Fachhochschulen weist ebenfalls auf die negativen Folgen des Entlastungspaketes hin. Sie befürchten einen Abbau von Angeboten und Mehrbelastung der Lehrenden und Forschenden, sie sehen einen verstärkten Wettbewerb um Forschungsgelder und befürchten einen Abbau bei den Nachwuchsforschenden.

Der Verband der Studierenden

Der Verband der Studierenden sieht in der Erhöhung der Studiengebühren eine Gefahr für die Chancengleichheit im Schweizer Bildungssystem. Auch führen höhere Studiengebühren zu mehr Nebenjobs und ein längeres Studium. Die Kürzungen gefährden den Innovations- und Wirtschaftsstandort Schweiz. Es drohe eine Verschlechterung der Qualität von Lehre und Forschung aufgrund erzwungener Leistungskürzungen.

swissfaculty ist die Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden (VSH-AEU), der Verband der Fachhochschuldozierenden Schweiz (fh-ch) und die Schweizerische Gesellschaft für Lehrerinnen- und Lehrerbildung (SGL). Diese haben 2012 eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, um gemeinsame Anliegen gemeinsam zu erarbeiten. Weitere Informationen: www.swissfaculty.ch

Stellungnahme von swissfaculty

Die universitären Hochschulen, die Fachhochschulen und die Pädagogischen Hochschulen bilden Fachpersonen aus, die für die ganze Gesellschaft eine wichtige Bedeutung haben. Sie bilden die Grundlage für den Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Die Hochschulen sorgen für die Vermittlung von Wissen für eine aufgeklärte Gesellschaft und die Stärkung des sozialen Gefüges.

swissfaculty sieht sowohl die Kürzungen im Rahmen der BFI-Botschaft 2024-2028 als auch das Entlastungspaket 2027 sehr kritisch.

Ein einseitige Wiederruf

Am 26. September 2024 hat das Bundesparlament den Bundesbeschluss über die Finanzierung nach dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz in den Jahren 2025–2028 verabschiedet. Es hat damit für die Jahre 2025–2028 einen Zahlungsrahmen von 3028,7 Millionen Franken für Grundbeiträge nach Artikel 50 Buchstabe a HFKG für kantonale Universitäten und andere Institutionen des Hochschulbereichs sowie einen Zahlungsrahmen von 2397,3 Millionen Franken für Grundbeiträge nach Artikel 50 Buchstabe b HFKG für Fachhochschulen bewilligt. Die für die BFI-Periode 2025-2028 zur Verfügung zu stellende Beiträge sind durch das Parlament beschlossen. Ein einseitiger Wiederruf dieser Beschlüsse durch die Senkung der Grundbeiträge in den Jahren 2027 und 2028 ist im Gesetz nicht vorgesehen.

Gefährdung der Qualität

Wird das Entlastungspaket 2027 jedoch umgesetzt, so gefährdet dies die Qualität der Schweizer Hochschulen und damit das Wohlergehen und die Innovationskraft der Schweiz. Eine Gesellschaft ohne hervorragende Hochschulen macht sich zunehmend von denen anderer Länder abhängig. Zudem verliert die Gesellschaft die Fähigkeit, den Fortschritt zu gestalten.

Eine Reduktion der Grundbeiträge um 70 Mio. pro Jahr bei gleichzeitiger Zunahme der Studierendenzahlen (das Bundesamt für Statistik rechnet zwischen 2024 und 2033 mit einem Wachstum von 18 Prozent) führt zu einer höheren Anzahl Studierender pro Dozierende bei gleichbleibender Zeit für die Betreuung und Begleitung der Studierenden. Schon 2019 war mehr als ein Drittel der Dozierenden mit der anfallenden Arbeitsmenge unzufrieden (37 Prozent) (Bökelmann, 2019). Dieser Anteil wird steigen.

Für swissfaculty ist es zentral, hochwertige Aus- und Weiterbildung von Fach-, Führungspersonen und Lehrpersonen für Wirtschaft, Politik und Bildung sicherzustellen. Kritisches Denken und Reflexionsfähigkeit zu fördern und eine wissenschaftsbasierte Weiterentwicklung der Praxis und eine selbstbestimmte Zukunft der Gesellschaft zu ermöglichen.

Um den Studierenden Kompetenzen, aber auch kritisches Denken, Verantwortungsbewusstsein und Neugier vermitteln zu können, braucht es Zeit und das Ermöglichen von Beziehungen.

Die langfristige Ausrichtung von Forschung und Lehre mit unmittelbarer Relevanz für die Praxis gilt es, auf die Bedürfnisse zukünftiger Generationen auszurichten. Zukünftige Wissenschaftlerinnen müssen gefördert und deren Karrieren ermöglicht werden. Dies ist wichtig, um dem Fachkräftemangel auch in Zukunft zu begegnen.

Chancengerechtigkeit, Diversität und Inklusion sind zentrale Anliegen der Gesellschaft, die es umzusetzen gilt. Digitalisierung und KI-gestützte Technologien werden zunehmen, die Hochschulen prägen und zu veränderten Lern- und Bildungssettings führen. Diesen Wandel gilt es, kompetent zu begleiten und aktiv zu gestalten. Dies alles erfordert Ressourcen und Investitionen, auch im Hochschulsystem.

Das Entlastungspaket 2027 wäre fatal

Angesichts der weitreichenden negativen Folgen darf das Entlastungspaket 2027 in dieser Form nicht umgesetzt werden. Die Kantone müssten für die fehlenden Gelder einspringen, was die kantonalen Budgets belasten würde. Auch eine Erhöhung der Studiengebühren müsste durch die Kantone über eine Erhöhung der Stipendien kompensiert werden.

Angesichts des finanziellen und politischen Druckes kann nur eine verstärkte interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen einen Beitrag leisten. Werden jedoch die Beiträge gekürzt, so verstärkt sich der Wettbewerb und die Konkurrenz, ganz besonders in der Forschung.

Fazit: Das Entlastungspaket 2027 schadet den Schweizerischen Hochschulen enorm und sollte nicht in dieser Art umgesetzt werden.

Impressum und Text: swissfaculty, c/o Monika Wicki, Oerlikonerstrasse 91, 8057 Zürich, www.swissfaculty.ch

Le paquet de mesures d'allège- ment 2027 nuit aux hautes écoles suisses!

Le message FRI 2025-2028 était déjà marqué par des mesures d'austérité pour le secteur de l'enseignement supérieur et le financement de la recherche. Suit maintenant le paquet de mesures d'allègement 2027 de la Confédération. Les contributions déjà promises doivent être réduites et les coûts laissés aux cantons. swissfaculty dit non au paquet de mesures de la Confédération et appelle à une coopération accrue entre les hautes écoles.

Le message FRI 2025-2028

Le message FRI 2025-2028 est marqué par des mesures d'austérité. Dès le premier projet, le Conseil fédéral avait décidé de ne pas augmenter le montant de 2,5 %, comme cela avait été demandé en raison de l'inflation, mais seulement de 2 %. En mars 2024, le Conseil fédéral a annoncé avec le message FRI qu'il souhaitait économiser 0,5 milliard de francs, compte tenu de la situation financière tendue de la Confédération, et a réduit la croissance des coûts à 1,6 %. Au total, 29,2 milliards de francs devaient être débloqués. Lors de la consultation du message FRI fin mai, le Conseil national a décidé d'augmenter ce montant de 152,2 millions de francs. Le Conseil national aurait donc voulu 1,7 % de fonds supplémentaires. Le Conseil des États a été plus réservé. Les conseillers ont finalement décidé d'une augmentation d'environ 59 millions de francs. Cela signifie que l'inflation dans le secteur de l'éducation ne doit pas être compensée par la Confédération pour les années 2025-2028. Cela signifie plus d'étudiants pour lesquels moins d'argent est disponible.

Le paquet de mesures d'allègement 2027

Voici maintenant le prochain cycle^o: avec le paquet de mesures d'allègement 2027, qui a été conçu par l'ensemble du Conseil fédéral en septembre 2024 et adopté en janvier 2025 pour examen par le Parlement. Plus de la moitié des réductions d'environ 2,5 milliards ne peuvent être réalisées que par le biais de modifications législatives. Le paquet de mesures d'allègement de 2027 prévoit de réduire les paiements de base de 70 millions par an, dont 28 millions par an concernent les contributions aux hautes écoles universitaires cantonales. Les budgets du SNF/FNS et d'Innosuisse diminuent de 10 % par an. Les 25 millions que le Parlement avait proposés pour la formation en médecine ont également été supprimés. Le Conseil fédéral prévoit des économies de 120 millions de francs par an à partir de 2027.

Prise de position de la CDIP

Le Comité exécutif de la CDIP s'est fermement opposé au paquet de mesures d'allègement : « La Confédération doit respecter ses obligations légales, en tenant compte de l'augmentation des coûts due à l'évolution démographique et à l'inflation. Les propositions présentées aujourd'hui pour alléger le budget fédéral dans les domaines FRI remettent en question les objectifs de l'espace suisse de formation. (...) L'absence de toute réflexion sur la politique de l'éducation et d'évaluation d'impact, le renoncement à une priorisation et l'absence de prise de responsabilité politique pour les propositions soumises avec ce message sont

inacceptables pour la CDIP.

Elle maintient la position exprimée dans le cadre de la consultation sur le message FRI 2025-2028 et ses revendications d'un financement constitutionnel par la Confédération », écrit la CDIP dans sa prise de position du 20 février 2025.

Prise de position de swissuniversities

Le 11 février 2025, swissuniversities a également émis des critiques : « La Suisse doit donc continuer à maintenir sa compétitivité en investissant de manière appropriée dans les domaines FRI. Sinon, il existe un réel risque que la Suisse perde à la fois sa compétitivité internationale et sa position de leader dans la recherche et l'innovation, perdant ainsi son niveau élevé de valeur ajoutée et d'innovation sociales, économiques et politiques. »

Réseau FUTURE

Le réseau FUTURE est soutenu par swissuniversities, le Conseil des EPF, le Fonds national suisse et les Académies suisses des sciences. Le réseau n'est pas non plus favorable à l'ensemble des mesures d'allègement. Il écrit que le paquet de mesures entraîne une baisse des investissements et limite la sécurité de planification et la flexibilité des universités.

Des frais de scolarité plus élevés rendent l'accès à l'enseignement supérieur plus difficile, tandis que 500 excellents projets de recherche et 1500 emplois pour de jeunes chercheurs pourraient être perdus. En outre, 240 projets conjoints innovants entre l'industrie et la recherche sur des sujets clés seraient menacés.

Le réseau FUTURE écrit que les réductions proposées dans le cadre du paquet de mesures d'allègement dans les domaines FRI auront des effets radicaux sur l'économie suisse et sur la société et ne sont pas dans l'intérêt d'un budget fédéral sain à long terme.

Le Conseil des EPF

Le Conseil des EPF est conscient que des mesures dans différents domaines sont nécessaires pour alléger le budget fédéral. Le domaine des EPF ne peut cependant pas compenser les coupes prévues de 78 millions de francs par une augmentation des frais de scolarité, comme le propose le Conseil fédéral, et doit donc réduire ses tâches et ses prestations. Cela aggrave la pénurie de main-d'œuvre qualifiée, affaiblit l'innovation dans notre pays et réduit sa capacité à soutenir au mieux l'économie et la société suisses.

Communiqué de presse conjoint

Dans un communiqué de presse conjoint du 20 février 2025, swissuniversities, les Académies, le Conseil des EPF, le FNS et Innosuisse soulignent que les mesures d'austérité dans les domaines de l'éducation, de la recherche et de l'innovation aggraveraient la pénurie de main-d'œuvre qualifiée et nuiraient à l'économie suisse.

Prise de position de fh-ch

L'Association des enseignant·e·s et des chercheur·euse·s des hautes écoles spécialisées suisses (fh-ch) souligne également les conséquences négatives du paquet de mesures d'allègement. Ils craignent une réduction des offres et une charge de travail supplémentaire pour les enseignants et les chercheurs, ils voient une concurrence accrue pour les fonds de recherche et craignent une réduction du nombre de jeunes chercheurs.

L'union des étudiant·e·s de Suisse

L'union des étudiant·e·s de Suisse considère que l'augmentation des frais de scolarité constitue un danger pour l'égalité des chances dans le système éducatif suisse. Des frais d'inscription plus élevés entraînent également une augmentation des emplois à temps partiel et une prolongation des études. Les réductions mettent en péril la Suisse en tant que site d'innovation et d'économie. La qualité de l'enseignement et de la recherche risque de se dégrader en raison des réductions de prestations imposées.

Prise de position de swissfaculty

Les hautes écoles universitaires, les hautes écoles spécialisées et les hautes écoles pédagogiques forment des spécialistes qui ont une grande importance pour l'ensemble de la société. Elles constituent la base de la prospérité et de la compétitivité de la Suisse en tant que site économique. Les établissements d'enseignement supérieur sont chargés de transmettre les connaissances nécessaires à une société éclairée et de renforcer le tissu social.

swissfaculty considère de manière très critique les coupes budgétaires dans le cadre du message FRI 2024-2028 ainsi que le paquet de mesures d'allègement 2027.

Une révocation unilatérale

Le 26 septembre 2024, le Parlement fédéral a adopté l'arrêté fédéral sur le financement selon la loi sur le financement et la coordination des hautes écoles pour les années 2025 à 2028. Il a ainsi approuvé un plafond de dépenses de 3 028,7 millions de francs pour les contributions de base selon l'art. 50, let. a, LEHE destinées aux universités cantonales et aux autres institutions du domaine des hautes écoles pour les années 2025 à 2028, ainsi qu'un plafond de dépenses de 2 397,3 millions de francs pour les contributions de base selon l'art. 50, let. b, LEHE destinées aux hautes écoles spécialisées. Les montants à mettre à disposition pour la période FRI 2025-2028 ont été décidées par le Parlement. La loi ne prévoit pas de révocation unilatérale de ces décisions par la réduction des cotisations de base en 2027 et 2028.

Mise en danger de la qualité

Toutefois, si le paquet de mesures d'allègement 2027 est mis en œuvre, cela mettra en péril la qualité des hautes écoles suisses et donc le bien-être et la force d'innovation de la Suisse. Une société sans universités d'excellence dépend de plus en plus de celles des autres pays. De plus, la société perd sa capacité à façonner le progrès.

Une réduction des contributions de base de 70 millions par an avec une augmentation simultanée du nombre d'étudiants (l'Office fédéral de la statistique prévoit une croissance de 18 % entre 2024 et 2033) conduit à un nombre plus élevé d'étudiants par professeur, avec un temps constant pour la prise en charge et l'accompagnement des étudiants. Déjà en 2019, plus d'un tiers des chargés de cours n'étaient pas satisfaits de la quantité de travail (37 %) (Bökelmann, 2019). Cette proportion va augmenter.

Pour swissfaculty, il est essentiel d'assurer une formation et une formation continue de haute qualité des spécialistes, des cadres et des enseignant·e·s pour les affaires, la politique et l'éducation. Encourager la pensée critique et la capacité de réflexion et permettre un développement de la pratique basé sur la science et un avenir autodéterminé de la société.

Afin de pouvoir transmettre aux étudiants des compétences, mais aussi une pensée critique, un sens des responsabilités et de la curiosité, il faut du temps et des relations.

L'orientation à long terme de la recherche et de l'enseignement avec une pertinence directe pour la pratique doit être adaptée aux besoins des générations futures. Les futurs scientifiques doivent être encouragés et leurs carrières facilitées. Ceci est important pour continuer à faire face à la pénurie de travailleurs qualifiés à l'avenir.

L'égalité des chances, la diversité et l'inclusion sont des préoccupations centrales de la société qui doivent être mises en œuvre. La numérisation et les technologies basées sur l'IA vont se développer, façonner les hautes écoles et conduire à des changements dans les paramètres d'apprentissage et d'éducation. Ce changement doit être accompagné avec compétence et façonné activement. Tout cela nécessite des ressources et des investissements, y compris dans le système universitaire.

Le paquet de mesures d'allègement 2027 serait fatal

Compte tenu des conséquences négatives considérables, le paquet de mesures d'allègement 2027 ne doit pas être mis en œuvre sous cette forme. Les cantons devraient se substituer aux fonds manquants, ce qui pèserait sur les budgets cantonaux. Une augmentation des frais de scolarité devrait également être compensée par les cantons par une augmentation des bourses.

Compte tenu de la pression financière et politique, seule une coopération interdisciplinaire accrue entre les universités, les hautes écoles spécialisées et les hautes écoles pédagogiques peut apporter une contribution. Cependant, si les contributions sont réduites, la concurrence s'intensifiera, en particulier dans la recherche.

Conclusion : le paquet de mesures d'allègement 2027 nuit énormément aux hautes écoles suisses et ne devrait pas être mis en œuvre de cette manière.

Impressum et texte: swissfaculty Geschäftsstelle, c/o Prof. Dr. Monika T. Wicki, Oerlikonerstrasse 91, 8057 Zürich, www.swissfaculty.ch